

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frank Schäffler, Jürgen Koppelin, Martin Zeil, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/9502 –**

Transparenz über gerichtliche Verfahren gegen die IKB Deutsche Industriebank AG

Vorbemerkung der Fragesteller

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Schieflage der IKB Deutsche Industriebank AG ist das Institut gegenwärtig Beklagter in zahlreichen gerichtlichen Verfahren. Hieraus ergeben sich Risiken für die Inanspruchnahme der Risikoabschirmung durch die KfW respektive den Bund. Eine Beurteilung des tatsächlichen Risikos einer Ausweitung des Engagements der KfW bei der IKB setzt eine Bewertung aller Rechts- und Prozessrisiken voraus.

1. Wie viele gerichtliche Verfahren sind gegenwärtig gegenüber der IKB anhängig?
2. Wie hoch ist der Anteil von Rechtsstreitigkeiten gegen die IKB mit einem inländischen Gerichtsstand?
3. In welchen anderen Staaten wurden gerichtliche Verfahren gegen die IKB angestrengt und wie viele Verfahren sind dies je Staat genau?
4. Haben öffentlich-rechtliche Gesellschaften aus der Bundesrepublik Deutschland Klage gegen die IKB erhoben?
Wenn ja, welche sind das und worauf lautet der jeweilige Klageantrag?
5. Wie viele Verfahren gegen die IKB betreffen Vorgänge oder Ergebnisse von Hauptversammlungen des Instituts, auf denen die KfW seit 2002 die Mehrheit des anwesenden stimmberechtigten Kapitals stellte (Bundestagsdrucksache 16/9010)?
Wie sind aus Sicht der Bundesregierung die Erfolgsaussichten dieser Klagen zu beurteilen?

6. Wie viele Verfahren gegen die IKB betreffen nicht durch die IKB bilanziell erfasste Zweckgesellschaften des Instituts und worauf zielen die Klagen jeweils ab?

Die Fragen 1 bis 6 werden im Zusammenhang beantwortet.

Hierbei handelt es sich um unternehmensinterne Informationen, zu denen die Bundesregierung keine Stellung nehmen kann.

7. Wie viele Verfahren gegen die IKB betreffen Vermögenspositionen bzw. Ansprüche, für welche die KfW oder der Bund Garantien ausgesprochen haben?
8. Kann die Bundesregierung ausschließen, dass diese Verfahren zu einer – teilweisen – Inanspruchnahme der Garantien führen?
Wenn nein, wie hoch ist das maximale Rechts- und Prozessrisiko aus diesen Verfahren?
9. Zu welchen Zeitpunkten wurden die entsprechenden Gerichtsverfahren angestrengt?

Die Fragen 7 bis 9 werden im Zusammenhang beantwortet.

Weder Bund noch die KfW haben bislang verfahrensbezogene Garantien abgegeben.

10. Wurden seitens der IKB in den letzten 12 Monaten gerichtliche oder außergerichtliche Vergleiche zur Beendigung von Rechtsstreitigkeiten geschlossen, welche im Zusammenhang mit den genannten Vorgängen stehen?

Siehe Antworten zu Frage 1 und zu den Fragen 7 bis 9.

11. Wie haben sich die Rückstellungen der IKB für Rechts- und Prozessaufwand in den vergangenen fünf Geschäftsjahren entwickelt (Veränderung und Bilanzwert) und welche Rückstellungen wurden in den vergangenen zwölf Monaten für welche Rechtsstreitigkeiten gebildet (tabellarische Auflistung erbeten)?
12. Wie entwickelte sich der GuV-wirksame Aufwand (Gewinn- und Verlustrechnung) der IKB für Rechtsberatung (exklusive Rückstellungen) in den vergangenen fünf Geschäftsjahren?

Die Fragen 11 und 12 werden im Zusammenhang beantwortet.

Es handelt sich um unternehmensinterne Informationen, zu denen die Bundesregierung keine Stellung nehmen kann.

13. Kann die Bundesregierung ausschließen, dass die Geschäftsfähigkeit der IKB auch vor dem Hintergrund bestehender Rechts- und Prozessrisiken gewährleistet ist?
Wenn ja, wodurch?

Die IKB ist als juristische Person bis zu ihrer Löschung aus dem Handelsregister fähig, am Rechts- und Geschäftsverkehr teilzunehmen. Sofern die Frage auf die Gewährleistung der Geschäftstätigkeit der IKB abstellt, kann die Bundesregierung keine Prognosen über zukünftige Entwicklungen abgeben.

14. Sind gegenwärtig strafrechtliche Ermittlungsverfahren gegenüber ehemaligen beziehungsweise aktuellen Mitarbeitern der IKB anhängig?

Wenn ja, wie viele Personen sind davon betroffen und wie lauten die Strafvorwürfe?

Der Bundesregierung liegen zu den strafrechtlichen Ermittlungsverfahren lediglich die sich aus der Presse ergebenden Informationen vor.

15. Erwägen die KfW oder die Bundesregierung, gegenüber der IKB oder ehemaligen wie aktuellen Mitarbeitern des Instituts zivilrechtliche Verfahren, z. B. zur Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen anzustrengen?

Wenn nein, warum nicht?

Die KfW erwägt zivilrechtliche Verfahren. Sie hat bereits eine Kanzlei mit der Prüfung von Schadenersatzansprüchen beauftragt.

16. In welchem Umfang verfügen die IKB bzw. ihre Organe über einen Versicherungsschutz aus D&O-Versicherungen (Directors & Officers Liability Insurance)?

Ausweislich der Geschäftsberichte hat die IKB eine D&O-Versicherung für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrates abgeschlossen.

